

# 12. MÄRZ

**NATIONALE  
KUNDGEBUNG  
BRÜSSEL**



# Inhalt

## Seite 2

Verfassungsgericht warnt Arizona

## Seite 3

Unsere Löhne steigen langsamer  
als in den Nachbarländern

## Seiten 4-5

Die Industriestrategie muss sich  
auf den Arbeiter konzentrieren

## Seite 6

Meldungen

## Seiten 7-10

Dossier: Rentenreform scheitert  
auf ganzer Linie

## Seite 11

Arizona im Dienst der  
Unternehmen

## Seiten 12-15

Was Arizona den Frauen antut

## Seite 16

Meldungen

# Impressum

### Anschrift der Redaktion:

CSC Info  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers  
087/85 99 59  
pressediens@acv-csc.be

### Redaktion:

|                 |                  |
|-----------------|------------------|
| Claudine Legros | Liliane Louges   |
| Angela Mertes   | Jochen Mettlen   |
| Mike Mettlen    | Maryline Weynand |

Layout: Jessica Halmes

### Druck:

Snel Grafics, Vottem

### Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

### Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

### Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich



© Shutterstock

## Verfassungsgericht warnt Arizona

Das Verfassungsgericht folgt den drei Gewerkschaften und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Klage auf Aufhebung der Koppelung der Mindestpension an die „tatsächliche Arbeit“, d.h. ohne mehrere gleichgestellte Zeiten. Das höchste Gericht hebt die Gesetzgebung (teilweise) auf und stellt insbesondere fest, dass der Militärdienst für die Mindestpension angerechnet werden muss. Dies ist eine deutliche Warnung an Minister Jambon: Auch seine Pläne könnten vor dem Verfassungsgerichtshof scheitern.

Die vorherige Föderalregierung hatte die Zugangsbedingungen zur garantierten Mindestpension verschärft, indem sie eine neue Voraussetzung einfuhrte: Anspruch sollte nur noch bestehen, wenn mindestens 20 Jahre „tatsächlich gearbeitet“ wurde. Nicht alle traditionell gleichgestellten Zeiten wurden dabei berücksichtigt. Schätzungen zufolge sind rund vier Prozent der Frauen und zwei Prozent der Männer durch diese Änderung vom Zugang zur Mindestpension ausgeschlossen.

Mitte November 2024 hatten die Gewerkschaften eine Klage auf Aufhebung beim Verfassungsgericht eingereicht. Vor zwei Wochen traf der Gerichtshof seine Entscheidung. Er folgt den Gewerkschaften in zwei zentralen Punkten. Erstens stellt das Gericht klar, dass der Militärdienst, Lockout-Tage, Zeiten der Tätigkeit als Sozialrichter, Untersuchungshaft sowie Zeiträume gewerkschaftlicher Mandate als gleichgestellte Zeiten berücksichtigt werden müssen. Zweitens begrenzt der Gerichtshof den Handlungsspielraum der Regierung, gleichgestellte Zeiten künftig weiter einzuschränken. Im Urteil wird ausdrücklich festgehalten, dass derartige Einschränkungen nicht per königlichem Erlass erfolgen dürfen.

Für die Gewerkschaften kommt dieses Urteil zu einem günstigen Zeitpunkt. Gerade jetzt, wo die Arizona-Regierung ihre Rentenreform finalisiert, spricht das Verfassungsgericht eine deutliche Warnung aus: Die Regierung kann die gleichgestellten Zeiten für Pflege oder unfreiwillige Inaktivität nicht beliebig reduzieren.

Eine der logischen Konsequenzen ist, dass der Militärdienst für die neue vorzeitige Pension nach 42 „effektiven Jahren“ angerechnet werden muss, was derzeit nicht vorgesehen ist. Auch andere Reformvorhaben von Minister Jambon, wie der Renten-Malus oder die Deckelung der gleichgestellten Zeiten, könnten beim Verfassungsgericht scheitern. Diese Reformpläne ändern die Spielregeln oft rückwirkend und treffen besonders Teilzeitbeschäftigte, was letztlich einer indirekten Diskriminierung von Frauen gleichkommt. Sollte Minister Jambon seine Pläne nicht grundlegend überarbeiten, sind weitere Klagen zu erwarten.

# Unsere Löhne steigen langsamer als in den Nachbarländern

In den Nachbarländern steigen die Löhne schneller und die Gewinne sind historisch hoch, aber unser Spielraum für Lohnverhandlungen bleibt klein. Für die CSC steht fest: Das Lohnnormgesetz, das gegen das internationale Arbeitsrecht verstößt, muss weg.

Letzte Woche veröffentlichte der Zentrale Wirtschaftsrat (ZWR) in seinem Bericht 2025 die Zahlen über den Unterschied in der Lohnentwicklung zwischen Belgien und den drei Nachbarländern Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Die negative Zahl (-1,1 %) deutet auf eine langsamere Lohnentwicklung in unserem Land hin und lässt vermuten, dass wir für die Verhandlungsrunde 2027-2028 einen echten Spielraum für Lohnverhandlungen erwarten können.

Sollten die Arbeitnehmer mit dieser Lohnentwicklung zufrieden sein, die einen begrenzten Verhandlungsspielraum für den Zeitraum 2027-2028 verspricht?

## Nein, denn:

- die Hälfte der Arbeitnehmer hat diesen Spielraum durch den Indexsprung der Arizona-Regierung zu einem großen Teil selbst bezahlt;
- der tatsächliche Unterschied zwischen den belgischen Löhnen und den Löhnen der Nachbarländer ist viel größer. Denn der ZWR berechnet auch, wie hoch der Lohnunterschied ist, wenn man die Lohnzuschüsse und alle Ermäßigungen auf die Arbeitgeberbeiträge berücksichtigt. Im Jahr 2024 hatte unser Land dann bereits eine Lohndifferenz von -3,5 %.
- Wenn wir zu diesen -3,5 % von 2024 den erwarteten Rückgang des „offiziellen“ Lohnkostenhandicaps im Jahr 2026 von -1,1 % hinzufügen, kommen wir zu einer Lohndifferenz von -4,6 % Ende 2026.

Dennoch können die Arbeitnehmer für 2025-2026 nur eine begrenzte Erhöhung der Mahlzeitschecks um 2 Euro aushandeln. Außerdem wird zu Beginn des nächsten Jahres ein deutlich geringerer Verhandlungsspielraum festgelegt, da das Lohnnormgesetz nur das offizielle Lohn-

kostenhandicap berücksichtigt.

## Historisch niedriger Lohnanteil

Der Zentrale Wirtschaftsrat stellt außerdem fest, dass der Anteil der Löhne an der Wertschöpfung einen historischen Tiefstand erreicht hat und sich die Nettorentabilität der Unternehmen bei 10 % stabilisiert, was mit Ausnahme des Rekordjahres 2022 dem Höchststand seit 1996 entspricht.

Die Feststellung stagnierender Löhne und eines rückläufigen Lohnanteils am erwirtschafteten Reichtum, während die Unternehmensgewinne weiterhin Rekordhöhen erreichen, bestätigen erneut, was die CSC seit Jahren weiß: Die Arbeitnehmer erhalten keinen ausreichenden Anteil am Gewinn, und die Fesseln des Lohnnormgesetzes müssen weg. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hatte schon 2022 festgestellt, dass dieses Gesetz gegen die grundlegende internationale Arbeitsnorm des Rechts auf Kollektivverhandlungen verstößt.

Dies ist umso wichtiger, als der Index die tatsächlichen Lebenshaltungskosten immer weniger wider-

spiegelt. Er berücksichtigt zwar die Wohnkosten, jedoch nur in sehr begrenztem Umfang. So wird der rasante Anstieg der Immobilienpreise nicht einbezogen, und die Mietpreise haben ein viel zu geringes Gewicht. Sie machen nur 6,73 % des Warenkorb des Index aus, während die Wohnkosten für viele Familien schnell 20 bis 30 % der Ausgaben darstellen.

Die CSC fordert daher die Abschaffung des Lohnnormgesetzes, damit wieder über die tatsächliche Lohnmarge verhandelt werden kann, die bei etwa 5 % liegt.

Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC: „Der Zentrale Wirtschaftsrat bestätigt, was wir seit Jahren sagen: Unsere Löhne steigen langsamer als in den Nachbarländern. Der tatsächliche Unterschied beträgt fast 5 %. Fünf Prozent! Während die Unternehmen enorme Gewinne erzielen, behindert das Lohnnormgesetz die Verhandlungsfreiheit und bremst somit die Lohnentwicklung. Wir sehen, wie schwierig es ist, in den verschiedenen Sektoren Abkommen zu schließen: Man muss schon um eine Erhöhung der Mahlzeitschecks kämpfen – wenn man denn überhaupt welche erhält.“



© stock.adobe.com

# Die Industriestrategie muss sich auf den Arbeiter konzentrieren

Mitte Februar fanden in Belgien zwei große Gipfeltreffen zur Rettung der europäischen Industrie statt. Die CSC fordert die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, den Schutz unserer Industrien und Arbeitsplätze in den Mittelpunkt zu stellen.

Die europäische Industrie – von der Chemiebranche über die Metallindustrie bis hin zur Automobilzulieferung – steht stark unter Druck. Im Chemiesektor beispielsweise haben bereits mindestens 21 europäische Standorte ihre Schließung angekündigt, was schon jetzt 30.000 Arbeitsplätze betrifft. „Ohne Gegenmaßnahmen könnte diese Zahl in den nächsten fünf Jahren auf 200.000 steigen“, warnt Koen De Kinder von der CSC Bau, Industrie & Energie (CSCBIE).

Wie die laufende Umstrukturierung bei Thy-Marcinelle zeigt, ist ebenfalls die Lage in der Stahlindustrie äußerst besorgniserregend. Auch die jüngsten Entscheidungen von ArcelorMittal, wie die Verlegung mehrerer strategischer Support-Abteilungen nach Indien sowie das Einfrieren zentraler Investitionen in die Dekarbonisierung europäischer Standorte, sorgen für große Unruhe. „Diese Ankündigungen nähren die Befürchtungen eines schrittweisen Rückbaus von Industriestandorten in Europa und gefährden die Klima- und Industrieziele der Europäischen Union“, erklärte Lahoucine Ourhibel, Generalsekretär der ACV-CSC METEA.

Leider hören wir aus Arbeitgeberkreisen noch immer viel zu oft, dass Arbeitnehmerrechte das eigentliche Problem seien und eine Deregulierung als angebliche „Vereinfachung“ die Lösung wäre. Auch bei den beiden von Belgien organisierten Gipfeltreffen war diese Litanei zu hören. Doch die CSC stellt klar: Keine einzige Fabrik senkt



© IndustriALL

In Belgien fanden zwei Gipfel zur Rettung der europäischen Industrie statt.

ihre Produktion, weil Betriebsräte konsultiert werden müssen oder weil gefährdete Beschäftigte einen Mindestschutz verdienen. „Die zahlreichen Entscheidungen über die Zukunft der Industrie, die in den vergangenen Jahren getroffen wurden, funktionieren nicht. Weder Subventionen noch Deregulierung sichern industrielle Aktivitäten dauerhaft ab oder führen Unternehmen in einen Wandel, der Arbeitnehmer und Klima respektiert“, mahnt Koen De Kinder.

## Die wirklichen Herausforderungen

Für die CSC liegen die strukturellen Herausforderungen der europäischen Industrie in hohen Energiepreisen, sinkender Nachfrage und unfairem Handel. Energieintensive Sektoren leiden besonders unter deutlich höheren Energiekosten als in den USA oder Teilen Asiens. Europa braucht daher dringend einen Plan, um den Übergang zu sauberer und bezahlbarer Energie zu beschleunigen. „Die aktuelle Si-

tuation zeigt deutlich die negativen Auswirkungen der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in Belgien und Europa. Damit der Wandel gelingt, muss der Chemiesektor auf eine rasche Ausweitung der Kapazitäten für erneuerbare Energien zählen können – unterstützt durch staatliches Eingreifen und durch soziale Bedingungen für Unternehmenshilfen“, erklärt Koen De Kinder.

Auch die schwächelnde Nachfrage belastet die Industrie: Wenn Konsumenten Käufe aufschieben und Regierungen Investitionen zurückfahren, stehen Fabriken still. Es ist daher dringend notwendig, die europäische Binnennachfrage anzukurbeln. Zudem geraten europäische Industrien durch massive, staatlich subventionierte Überkapazitäten in Drittstaaten unter Druck – insbesondere in den Bereichen Chemie, Solar, Stahl, Automobil und Batterien. „Strategische Wertschöpfungsketten müssen gezielt unterstützt, die zirkuläre und nachhaltige Produktion beschleunigt und integrierte

chemische Cluster, die für Pharma, Biotechnologie, Wasserstoff und Halbleiter essenziell sind, erhalten bleiben“, fordert Koen De Kinder.

### Eine offensive Politik

In diesem Kontext dürfen Europa und seine Mitgliedstaaten nicht auf Deregulierung setzen, sondern müssen eine offensive Industriepolitik vorantreiben – mit einem stabilen, nachhaltigen Regulierungsrahmen und öffentlichen Aufträgen, die eine lokale, kohlenstoffneutrale Industrie fördern.

Die CSC fordert zudem umfangreiche, koordinierte öffentliche und private Investitionen, um grüne, widerstandsfähige und sozial verantwortliche industrielle Kapazitäten aufzubauen und den Zugang zu sauberer sowie erschwinglicher Energie zu sichern.

Für Lahoucine Ourhribel ist eine starke europäische Industriepolitik unabdingbar, um eine nachhaltige Stahlproduktion sowie hochwertige Arbeitsplätze im Metall- und Stahlsektor langfristig zu garantieren. Jede Form öffentlicher Unterstützung oder jedes öffentliche Vergabeverfahren muss an transparente soziale Kriterien und eine lokale Verankerung gebunden sein. Vor diesem Hintergrund fordert Ourhribel strikte Bedingungen für Förder- und Unterstützungsmechanismen im industriellen Übergang. Er appelliert an das Europäische Parlament, die Abstimmung und Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der europäischen Stahlindustrie zu beschleunigen – insbesondere angesichts unlauterer internationaler Wettbewerbspraktiken.

### Soziale Gerechtigkeit

Die industrielle Transformation muss zwingend von sozialer Gerechtigkeit, Ausbildung und gelebtem Sozialdialog begleitet werden. „Wir müssen die Arbeitnehmer schützen“, betont Koen De Kinder. „Sie stehen im Zentrum der industriellen Aktivitäten und schaffen den Mehrwert. Ohne sie gibt es keine chemische Industrie.“

## „Es ist an der Zeit, Lösungen zu finden“

Beim Gipfel am 11. Februar präsentierten industriAll Europe (IAE) und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) den Standpunkt der europäischen Arbeitnehmer. Sie erinnerten daran, dass noch immer viel zu viele Unternehmen den Dividenden der Aktionäre den Vorrang einräumen, anstatt in industrielle Kapazitäten und in ihre Belegschaft zu investieren.

Die beiden Gewerkschaften bekräftigten ihre Kernforderungen: eine echte europäische Industriestrategie, massive private und öffentliche Investitionen, die den industriellen Übergang unterstützen, sowie ein gerechter Übergangsrahmen, der Arbeitsplätze schützt - statt zusätzlicher Marktmechanismen, die diese gefährden.

„Die europäischen Gewerkschaften haben die Ziele des Green Deal immer unterstützt. Aber seien wir ehrlich: Die Voraussetzungen dafür, dass die Beschäftigten diesen Übergang weiterhin mittragen können, sind einfach noch nicht erfüllt. Und wenn wir dem nicht abhelfen, ist das gesamte Projekt gefährdet“, erklärt Michael Vassiliadis, Präsident von industriAll Europe, während einer Diskussionsrunde mit der Kommissionspräsidentin und führenden Politikern. Er warnte außerdem, dass sich die Kluft zwischen dem politischen Diskurs der EU und der tatsächlichen Realität der Arbeitnehmer weiter vergrößert. „Die Zeit der Entschuldigungen ist vorbei. Es ist an der Zeit, Lösungen zu finden.“

Die CSC fordert die europäische Führung auf, nicht in die Falle der Deregulierung zu tappen, sondern gezielt in Menschen, Ausbildung, Technologie und hochwertige Arbeitsplätze

zu investieren – die eigentlichen Grundlagen einer europäischen Wirtschaft, die den Herausforderungen der Zukunft standhält.

Europa und die Mitgliedstaaten müssen eine offensive Industriepolitik umsetzen.



© Shutterstock



## 8/03 Demo Weltfrauentag

Die Rechte der Arbeitnehmerinnen werden immer mehr angegriffen. Aber Super Maria schlägt zurück! Sie will die kollektive Arbeitszeitverkürzung, vorhersehbare Arbeitszeiten, eine Rente, die die gleichgestellten Perioden beibehält und verbessert und die Anerkennung schwerer Arbeit. Angesichts der Zunahme von Ungleichheiten, Sexismus und Politiken, die die Frauen nicht miteinbeziehen: Schließen Sie sich der CSC an und nehmen Sie am 8. März an der Kundgebung in Brüssel teil. Beginn: 14 Uhr am Albertine-Platz. Lesen Sie dazu auch unser Dossier auf Seite 12.

[www.diecsc.be/csc-frauen](http://www.diecsc.be/csc-frauen)

## Gesetzentwurf Hausbesuche

Der von Asyl- und Migrationsministerin Anneleen Van Bossuyt (N-VA) vorgelegte Gesetzentwurf über Hausbesuche ist „problematisch im Hinblick auf die Grundrechte“ und muss „grundlegend überarbeitet“ werden. Das geht aus den Schlussfolgerungen des Staatsrates hervor, die die Tageszeitung Le Soir Anfang Februar publik gemacht hatte. Damit bestätigt der Staatsrat die Feststellungen der CSC. Hauptsächlich wird auf einen besonders schweren Verstoß gegen den Schutz des Privatlebens und die Unverletzlichkeit der Wohnung sowie auf das Fehlen eines wirksamen Schutzes für andere Personen als den betroffenen Ausländer hingewiesen. Stellt sich die Frage, ob Ministerin Van Bossuyt diese scharfe Kritik berücksichtigen wird...

## TI Automotive: 28 Arbeitsplätze in Wandre gefährdet

Beim Automobilzulieferer TI Automotive in Wandre bei Lüttich sind 28 Arbeitsplätze von insgesamt 89 bedroht. Die CSC kritisiert die vom Management angekündigte Umstrukturierung scharf.

Die Stellenstreichungen erfolgen nach dem Eigentümerwechsel: ABC Technologies, kontrolliert vom Apollo-Investmentfonds, hat die TI Fluid Systems Gruppe 2025 übernommen. Der Stellenabbau folgt einer reinen Kosten- und Renditelogik, die typisch für solche Übernahmen ist. Das Management will das Produktionsvolumen halten, aber mit weniger Personal, und zwar durch Automatisierung, Outsourcing und mehr Aufgabenvielfalt. „Konkret geht es um gleichbleibende Produktion mit weniger Arbeitskräften, auf Kosten einer höheren Belastung für die Mitarbeiter und eines allmählichen Verlusts von Fähigkeiten“, bedauert René Petit, Gewerkschaftssekretär der CSC Metea.

Zudem kritisiert die CSC den Ablauf der Renault-Prozedur: Die Konsultationsphase wurde vorzeitig beendet, obwohl viele Fragen offenblieben. Die Vermutung liegt nahe, dass die Entscheidung längst gefallen ist und die Entlassungen bis September 2026 abgeschlossen sein sollen.

In einem ohnehin schwierigen sozialen Umfeld - nach Frühpensionierungen im Jahr 2021 und wiederholter wirtschaftlicher Arbeitslosigkeit - werden nun 28 Familien vor existenzielle Probleme gestellt. Die CSC fordert die strikte Einhaltung der Prozedur, eine echte Konsultation und die Prüfung von Alternativen, um den Standort und die Arbeitsplätze zu retten.

## 8/03 Cycloparade in Lüttich

Als Alternative zum Weltfrauenmarsch in Brüssel bietet sich eine Teilnahme an der Cycloparade am 8. März in Lüttich an. „In diesem Jahr steht die Cycloparade unter dem Motto ‚Widerstände‘, gleichzeitig das Kampagnenthema der Koalition ‚8. Mai‘. Den Widerstand der Frauen in Vergangenheit und Gegenwart zu feiern bedeutet, daran zu erinnern, dass unsere Rechte das Ergebnis eines kollektiven Kampfes sind. Und wenn Frauen stehen bleiben, bleibt die Welt stehen“, sagt die CSC-Frauenbeauftragte Catherine Deloo.

Treffpunkt ist ab 11 Uhr an der Trinkhall im Lütticher Parc d'Avroy. „Dort findet man auch unseren CSC-Stand, wo wir an den Marsch der FN-Frauen vor 60 Jahren erinnern. Die Cycloparade startet um 14.30 Uhr.“

[www.cycloparade.be](http://www.cycloparade.be)



© E.T. Photography/cycloparade.be





## Nationale Kundgebung: Rentenreform scheitert auf ganzer Linie



Reform der Arbeitslosenunterstützung, Indexsprung, Überstunden, Preissteigerungen... Die Arizona-Maßnahmen belasten die Arbeitnehmer (und ihre Geldbörsen) auf unfaire und unverhältnismäßige Weise. Wenige Wochen vor der Mobilisierung am 12. März konzentrieren wir uns auf die Rentenreform.

**D**ie Rentenreform der Arizona-Regierung tritt in eine entscheidende Phase: Die Regierung hat ihren Gesetzentwurf dem

Staatsrat vorgelegt. Die Gesetzestexte werden anschließend dem Parlament unterbreitet. Dank der Mobilisierung der Gewerkschaften gelang

es, die ursprünglichen Absichten der Regierung in einigen Punkten anzupassen: So werden Zeiten von vorübergehender Arbeitslosigkeit und Krankheit nun doch angerechnet, und die erforderliche Anzahl an Arbeitstagen im ersten Karrierejahr wurde gesenkt. Dennoch weist die von der Regierung geplante Rentenreform nach wie vor zahlreiche Ungerechtigkeiten auf.



### Nationale Kundgebung am 12. März Zeit für die Frühjahrsoffensive

#### Warum demonstrieren wir?

Der Arizona-Winter ist noch lange nicht vorbei. Im Gegenteil, die von der Regierung verhängten Maßnahmen sind eiskalt: länger arbeiten für weniger Rente, aufgezwungene Flexibilität, prekäre Statute, unsichere Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeit, eingefrorene Löhne, gestrichene Prämien, Angriff auf den Index, Langzeitkranke werden ins Visier genommen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, die öffentlichen Dienste, die wir alle nutzen, werden ausgehöhlt: Mangel an Sozialwohnungen, Verschwinden öffentlicher Verkehrsmittel und Schwimmbäder, usw.

Doch es gibt Alternativen: eine ernsthafte und faire Vermögenssteuer, die Besteuerung der digitalen Aktivitäten der Tech-Giganten oder noch eine gründliche und transparente Prüfung der Milliarden an Subventionen für Unternehmen.

#### Mythos „unbezahlbare“ Renten

Die Regierung De Wever rechtfertigt die Rentenreform mit dem Argument, dass die Rentenausgaben untragbar werden. Diese Behauptung stimmt aber nur teilweise: Laut dem Studienausschuss für Vergreisung entfallen die größten erwarteten Mehrausgaben auf den Gesundheitsbereich und nicht auf die Renten. Die Arbeitnehmer haben ihre Pensionsansprüche während ihrer gesamten Karriere finanziert.



Heute die Renten zu kürzen bedeutet, dass diejenigen zahlen müssen, die bereits eingezahlt haben. Vor allem die niedrigsten Renten sind am stärksten betroffen, während das außerhalb der Sozialversicherung angesparte Vermögen für andere weitgehend verschont bleibt. Die angebliche finanzielle Unhaltbarkeit ist kein unabwendbares Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen.

**240 Milliarden**

AN EINKÜNFEN GEHEN  
DER SOZIALEN SICHERHEIT  
VERLOREN.

### Der Preis politischer Entscheidungen

Ganze 240 Milliarden Euro an Einnahmen gehen der sozialen Sicherheit durch die langfristige Senkung der Arbeitgeberbeiträge verloren. Anfang der 2000er Jahre machten diese Beiträge noch rund 35 % der Finanzierung aus, im Jahr 2025 jedoch nur noch 27 %. Insgesamt entspricht das einem geschätzten

Verlust von 240 Milliarden Euro. Durch diese politischen Entscheidungen fehlen dem System jährlich etwa 13 Milliarden Euro, die eigentlich benötigt würden, um die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung abzufedern. Zusätzliche Faktoren haben diese Entwicklung weiter verstärkt: die Steuerreform (Tax Shift) zwischen 2015 und 2020 sowie der Anstieg von Beschäftigungsformen wie Studenten- oder Flexi-Jobs, für die nur geringe Sozialbeiträge entrichtet werden. Das Problem liegt daher eindeutig an sinkenden Einnahmen und nicht an stark steigenden Ausgaben.

### 156 Tage: enorme soziale Auswirkungen

Die neue Definition eines Berufsjahres – künftig mindestens 156 statt 104 Arbeitstage – hat erhebliche Konsequenzen. Teilzeitbeschäftigte oder Arbeitnehmer mit unregelmäßigen Arbeitszeiten laufen Gefahr, dass einzelne Jahre nicht mehr für den vorzeitigen Ruhestand angerechnet werden. Die vorgesehene Toleranz von fünf Tagen für die Laufbahn reicht nicht aus, um sektorspezifische Realitäten auszugleichen. Die Arbeitnehmer werden somit für Arbeitsbedingungen benachteiligt, auf die sie keinen Einfluss haben.

## AM 12. MÄRZ MOBILISIEREN WIR, DENN...

### Die Renten schmelzen unter den neuen Regeln

#### Marc und Isabelle verlieren 8.121,20 Euro

Marc ist seit dem 1. Dezember 2024 pensioniert und erhält 3.000 Euro brutto. Seine Frau Isabelle hatte Anspruch auf eine Rente von 1.800 Euro brutto, wurde jedoch aus gesundheitlichen Gründen entlassen und konnte in ihrem Alter keine neue Stelle finden. Sie wird daher am 1. Juli 2027, im Alter von 61 Jahren, nach 43 Berufsjahren in Pension gehen.

Durch die Reformen der Föderalregierung wird Marc aufgrund des fehlenden Budgets für das Wohlbefinden und der Begrenzung der Indexierung im Jahr 2030 und den folgenden Jahren 1.868,40 Euro brutto pro Jahr verlieren.

Mit der Einführung des Renten-Malus wird Isabelle 2027 eine Kürzung ihrer Rente um 24 % hinnehmen müssen, was 432 Euro brutto pro Monat oder 5.184 Euro brutto pro Jahr entspricht. Sie wird auch die Auswirkungen des fehlenden Budgets für das Wohlbefinden und der Begrenzung der Indexierung zu spüren bekommen: Diese Maßnahmen werden sie weitere 1.068,80 Euro brutto pro Jahr kosten.

### Fast kein Ausgleich für schwere Laufbahnen

Schwere Berufs Laufbahnen werden kaum noch berücksichtigt. Zwar bleibt die Möglichkeit einer vorzeitigen Pension mit 60 Jahren bestehen, doch sie setzt nun eine 42-jährige Karriere mit jeweils 234 Tagen effektiver Arbeit pro Jahr voraus. In der Praxis können daher fast nur Personen, die ihr gesamtes Arbeitsleben ohne Unterbrechungen Vollzeit gearbeitet haben, diese Regelung nutzen. Zeiten von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflege schließen viele Beschäftigte aus. Das neue System kommt vor allem Selbstständigen zugute, während viele Arbeitnehmer und insbesondere Frauen Schwierigkeiten haben, die Voraussetzungen zu erfüllen. Das ursprüngliche Versprechen, schwere und belastende Laufbahnen besonders anzuerkennen, verliert dadurch weitgehend seine Substanz.



## Neutrales Bonus-Malus-System?

Das Bonus-Malus-System sieht vor, dass der Rentenbetrag bei einem vorzeitigen Rentenanstritt gekürzt wird, während er bei Aufschub der Rente steigt. Auf den ersten Blick wirkt dieses Prinzip logisch. In der Praxis profitieren jedoch nur wenige vom Bonus, während der Malus auf die große Mehrheit der Beschäftigten zutrifft. Für junge Arbeitnehmer kann er bis zu 5 % pro Jahr betragen, in dem „nicht genug gearbeitet“ wurde. Gleichzeitig ist es für viele Menschen unrealistisch, bis zum Alter von 67 Jahren zu arbeiten. Die neuesten Zahlen zeigen, dass die Lebenserwartung bei guter Gesundheit in unserem Land bei 63,7 Jahren liegt. Somit führt eine Maßnahme, die als neutral dargestellt wird, in Wirklichkeit zu strukturellen Rentenkürzungen für die Mehrheit der Arbeitnehmer.

## Spielregeln nicht auf halber Strecke ändern

Die geplante Rentenreform führt neue, strengere Regeln ein, die rückwirkend auf bereits vergangene Berufsjahre angewendet werden. Dadurch besteht das Risiko, dass

Arbeitnehmer für Entscheidungen bestraft werden, die sie auf Grundlage der damals geltenden Regeln getroffen haben. Besonders stark betroffen sind Menschen, die kurz vor dem Ruhestand stehen, denn sie können ihre Karriere nicht mehr neu ausrichten. Eine Reform kann nicht auf bereits erworbene Ansprüche angewendet werden.

## Armutsrisiko steigt

Mikrosimulationen des Föderalen Pensionsdienstes zeigen erhebliche Rentenverluste: durchschnittlich 170 Euro pro Monat für Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen, in manchen Fällen sogar über 300 Euro. Im untersten Rentenquintal, also den 20 % der niedrigsten Renten, müssen 42 % der Betroffenen mit einer noch stärkeren Rentenkürzung rechnen. Für viele wird damit eine vorzeitige Pensionierung unmöglich. Hinter diesen Zahlen verbergen sich jedoch vor allem Menschen, die schwere Berufe ausgeübt haben und unter Gesundheitsproblemen leiden. Eine Politik, die solche Einkommensverluste herunterspielt, erhöht das Risiko von Armut im Alter.

## Frauen unverhältnismäßig stark betroffen

Frauen sind von den Rentenverlusten besonders stark betroffen. Sie arbeiten häufiger Teilzeit, unterbrechen ihre Karriere öfter zwecks Betreuung oder Pflege und haben zerstückelte Laufbahnen. All diese Aspekte werden in der Reform nur unzureichend berücksichtigt. Das Risiko eines Renten-Malus ist für Frauen deutlich höher: 49 % der Arbeitnehmerinnen sind davon betroffen. Acht von zehn Pensionierten, die die Schwelle von 35 Berufsjahren nicht erreichen, sind Frauen. Mit ihrer Vorgehensweise schafft die Regierung eine indirekte

Diskriminierung und untergräbt frühere Bemühungen, das Rentengefälle zwischen Frauen und Männern zu verringern.

## Systeme für das Laufbahnende? Eher eine Falle

Der Zeitkredit am Laufbahnende soll Beschäftigten eigentlich dabei helfen, länger berufstätig zu bleiben. Aber diese Zeit wird nicht als „effektive Arbeit“ für die Befreiung vom Malus



**RUND 80 % DER PENSIONIERTEN, DIE KEINE 35 BERUFSJAHRE ERREICHEN, SIND FRAUEN.**



## AM 12. MÄRZ MOBILISIEREN WIR, DENN...

### Das neue Überstundensystem führt zu Einkommensverlusten

#### Karim verliert 1.206,31 Euro

Karim arbeitet im Baugewerbe und verdient 20,406 Euro brutto pro Stunde. Jedes Jahr leistet er 180 Überstunden, für die er jetzt keinen Lohnzuschlag mehr erhält. Er fällt nun unter die Steuerbefreiungsregelung, was für ihn nicht vorteilhaft ist.

Da der 20-prozentige Zuschlag abgeschafft wurde und Karims Arbeitgeber das neue System anwendet, erhält Karim 1.206,31 Euro netto weniger pro Jahr. Sein Arbeitgeber hingegen profitiert davon: Er kann 1.977,38 Euro pro Jahr einsparen.

Überstunden mit einem Lohnzuschlag sind für den Arbeitnehmer vorteilhafter als das neue System, bei dem Überstunden ohne Sozialabgaben und Steuern bezahlt werden. Wenn der Arbeitgeber diese neue Regelung einführt, ist der Arbeitnehmer der Verlierer.



berücksichtigt. Sie führt sogar zu einer niedrigeren Rente. Eine Politik, die angeblich längere Laufbahnen fördern will, untergräbt somit genau die Instrumente, die es ermöglichen sollen, länger zu arbeiten. Die Regelungen für das Laufbahnende sollten geschützt und nicht bestraft werden.

### Chaotische Umsetzung

Der Föderale Pensionsdienst schätzt, dass es bis Ende 2027 dauern wird, bis die Zuverlässigkeit der Berechnungsmodelle und die Qualität der Daten gewährleistet sind. Es besteht daher die Gefahr, dass die Reform umgesetzt wird, obwohl die technische Umsetzung noch nicht bereit ist. Bis dahin laufen die Bürger Gefahr, falsche oder unvollständige Informationen zu erhalten und wichtige Entscheidungen in Bezug auf ihre Rente treffen zu müssen, ohne die tatsächlichen Folgen zu kennen. Vor der Einführung einer Reform müssen die Systeme jedoch zuverlässig sein.

### Faire Alternative ist möglich

„Es gibt keine Alternative“, wiederholt Bart de Wever immer wieder. Doch eine gerechte Rentenreform ist durchaus machbar. Die neuen

Regeln sollten nur für zukünftige Berufsjahre gelten, unter Wahrung der bereits erworbenen Ansprüche. Zeiten der Pflege, Krankheit oder Arbeitslosigkeit müssen weiterhin vollständig angerechnet werden. Zudem darf die Mindestrente keinesfalls durch einen Malus geschmälert werden. Größere Toleranzmargen und klare Übergangsmaßnahmen sind unerlässlich, denn die Rentenpolitik muss Sicherheit bieten und

darf keine lebenslange Sanktionen verhängen.

**Kommt am Donnerstag, 12. März, mit nach Brüssel, um gegen die antisozialen Maßnahmen der Arizona-Regierung zu protestieren.**

**[www.diecsc.be/arizona](http://www.diecsc.be/arizona)**



## AM 12. MÄRZ MOBILISIEREN WIR, DENN...

### Höhere Mehrwert- und Verbrauchssteuern lassen das angekündigte höhere Einkommen schrumpfen

#### Charles und Lea verdienen 2.088,73 Euro mehr... oder auch nicht?

Charles arbeitet Teilzeit und verdient 2.000 Euro brutto. Seine Partnerin Lea arbeitet Vollzeit und verdient 3.500 Euro brutto. Sie haben zwei Kinder zu Lasten.

Dank der föderalen Steuerreform verdienen sie ab 2030 netto 2.088,73 Euro mehr pro Jahr. Eine tolle Nachricht! Aber ist das wirklich so?

Charles und Lea heizen ihr Haus mit Erdgas. Durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Gas in Verbindung mit dem neuen Emissionshandelssystem ab 2028 müssen sie 341 Euro mehr pro Jahr bezahlen. Rechnet man dann noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Konsumgüter (Hotels, Campingplätze, Frittenbuden, Sport, Festivals, usw.) hinzu, dann muss

der Haushalt 170 Euro mehr pro Jahr ausgeben.

Außerdem muss ihr Heizkessel ersetzt werden. Aber da sie in der Stadt wohnen, kommt eine Wärmepumpe nicht in Frage. Sie müssen daher einen Heizkessel kaufen, für den eine Mehrwertsteuer von 21 % statt von 6 % gilt. Das bedeutet Mehrkosten in Höhe von 750 Euro.

Schließlich verfolgen die wallonische und die Brüsseler Regierung eine Politik, die zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten führt: Erhöhung der Wasserrechnung, des TEC-Abonnements, der Bildungsausgaben, usw.

# Arizona im Dienst der Unternehmen

Die CSC Nahrung und Dienste hat die Beträge, die Unternehmen durch die Maßnahmen der Arizona-Regierung erhalten, im Hinblick auf die Forderungen der Gewerkschaft analysiert. Es gibt durchaus Spielraum für Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmer.

Teilweiser Indexsprung, Flexi-Jobs, Energiesubventionen für Unternehmen, und die Lohnblockade (mit Ausnahme der Gehälter von 5.700 CEOs) sind nur einige der Maßnahmen der Arizona-Regierung, die Unternehmen begünstigen. Letztere haben schon und werden noch viel Geld verdienen. Dennoch behaupten viele von ihnen noch immer, sie hätten kein Geld, um das Wohlbefinden der Beschäftigten zu verbessern. Die Bevölkerung könnte diesen Diskurs der Regierung und der Arbeitgeber glauben, weil sie weder die Finanzlage der Unternehmen noch die Vorteile kennt, die ihnen die Regierung gewährt.

Die nachstehende Tabelle hebt eine zentrale Maßnahme der Regierung hervor: die Senkung der Arbeitgeberbeiträge für Unternehmen mit niedrigen und mittleren Löhnen. Seit dem 1. April 2025 spart ein Unternehmen für einen Arbeitnehmer, der weniger als 18 Euro pro Stunde verdient, im Durchschnitt 800 Euro pro Mitarbeiter pro Jahr, was 2 % seiner Kosten entspricht. Wenn Sie zum Beispiel einen Stundenlohn von 17 Euro haben, gewinnt Ihr Arbeitgeber durch das neue Gesetz 513 Euro pro Jahr. Gesamtkosten für den Staat: 1 Milliarde Euro.

Die Arbeitgeber erhalten außerdem einen erhöhten Steuerabzug für Mahlzeitschecks (bei 10 Euro kosten sie pro Tag 0,5 Euro weniger). Sie können also sozialen Frieden mit dem Geld der Regierung „erkaufen“.

| Strukturelle Senkung der Arbeitgeberbeiträge durch Arizona seit April 2025 <sup>(1)</sup> |                                     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
| Stundenlohn des Arbeitnehmers                                                             | Gewinn für den Arbeitgeber pro Jahr |
| 13 €                                                                                      | 951 €                               |
| 14 €                                                                                      | 1.224 €                             |
| 15 €                                                                                      | 990 €                               |
| 16 €                                                                                      | 767 €                               |
| 17 €                                                                                      | 513 €                               |
| 18 €                                                                                      | 290 €                               |
| 19 €                                                                                      | 93 €                                |
| 22 €                                                                                      | 93 €                                |
| 23 €                                                                                      | 0 €                                 |

## Forderungen vs. Kosten

Die zweite Tabelle ermöglicht einen Vergleich zwischen den erhaltenen Vorteilen der Arbeitgeber und den Kosten für Maßnahmen, die den Alltag der Beschäftigten verbessern.

| Kosten von gewerkschaftlichen Forderungen                                                              | Jährliche Gesamtkosten Arbeitgeber |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| +2 € Erhöhung der Mahlzeitschecks                                                                      | 550 €                              |
| +2 € Erhöhung der Mahlzeitschecks bei erhöhtem Steuerabzug (wenn die Mahlzeitschecks auf 10 € steigen) | 440 €                              |
| +1 zusätzlicher bezahlter Urlaubstag pro Jahr für einen Beschäftigten mit 15 €/Stunde                  | 196 €                              |
| +1 zusätzlicher bezahlter Urlaubstag pro Jahr für einen Beschäftigten mit 20 €/Stunde                  | 261 €                              |
| +2 % Lohnerhöhung bei 15 €/Stunde                                                                      | 862 €                              |

Beim Vergleich der beiden Tabellen sieht man, dass die Arbeitgeber oft mehr erhalten als die Vorteile, die sie den Beschäftigten manchmal gewähren.

Wenn auch bestimmte Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen gerechtfertigt sind, so müssen sie doch auf Unternehmen in Schwierigkeiten abzielen, zeitlich begrenzt sein und einer Kontrolle der Gelder unterliegen, was derzeit nicht der Fall ist.

Für Unternehmen, denen es gut geht, besteht eindeutig Spielraum, um über Vorteile zu verhandeln, wie die zweite Tabelle zeigt.

<sup>(1)</sup> Die Höhe der Beitragsreduzierung hängt vom Lohn ab.





# SUPER MARIA

schlägt zurück



## Was Arizona den Frauen antut...



Angesichts einer Regierung, die die Folgen ihrer Reformen für Frauen kaum berücksichtigt, „schlägt Super Maria zurück“. Zum Internationalen Frauentag am 8. März heben wir die Erfolge und aktuellen Herausforderungen der CSC-Frauen in ihrem Einsatz für Gleichberechtigung hervor.

Frauen werden weiterhin in vielen Bereichen diskriminiert, denn strukturelle Ungleichheiten belasten sie sowohl im Arbeitsleben als auch in der Gesellschaft allgemein. Die jüngsten Gesetzesänderungen im Rahmen der Reformen der Arizona-Regierung verschärfen diese Situation noch. Dadurch geraten die feministischen Fortschritte der vergangenen Jahre erneut in den Fokus.

„Heute werden Frauenrechte überall in Frage gestellt“, erklärt Aurore De Keyzer, Nationalverantwortliche der CSC-Frauen. „Das reicht von Aussagen wie ‚Gleichberechtigung ist längst erreicht‘ über ‚Der Feminismus geht zu weit‘ bis hin zu ‚Frauen haben heute mehr Rechte als Männer‘. Solche Behauptungen entpolitisieren reale Ungleichheiten, indem sie sie als individuelle Entscheidungen darstellen.“

Diese Art von Rhetorik zeigt, dass Feministinnen derzeit mit einem deutlichen Rückschlag konfrontiert sind. Historisch gesehen ist das nicht neu: Rückschläge treten häufig

dann auf, wenn Fortschritte bei den Frauenrechten sichtbar werden. Sie zielen meist darauf ab, diese Errungenschaften abzuschwächen oder rückgängig zu machen.

### Arizona-Reformen mit geschlechtsblinden Folgen

Aus Sicht der CSC-Frauen zeigt sich dieser antifeministische Rückschlag auch in den aktuellen politischen Entscheidungen der Arizona-Regierung. Viele der Reformen wirken zwar auf den ersten Blick neutral, treffen Frauen jedoch besonders hart: strengere Voraus-

setzungen für den Anspruch auf Pension (Vollzeit, komplette Laufbahn), die Kürzung gleichgestellter Zeiten wie Elternurlaub oder Pflege von Angehörigen, mehr Arbeitsflexibilität sowie Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, insbesondere bei Kinderbetreuung, Pflege und sozialer Unterstützung.

Aurore De Keyzer erläutert: „Wenn Minister Jambon in seiner Arbeitsreform betont, dass alle länger arbeiten müssen, ohne Unterschiede zu machen, verbirgt sich hinter dieser scheinbaren Neutralität eine organisierte Ungleichheit. Denn Frauen



HEUTE WERDEN DIE RECHTE DER FRAUEN FAST ÜBERALL IN FRAGE GESTELLT...

## Fortschritte bei den Frauenrechten

- 1888: Zulassung von Frauen zur Universität
- 1948: Allgemeines Frauenwahlrecht
- 1975: Gesetz zur Lohngleichheit
- 1990: Teilweise Entkriminalisierung der Abtreibung
- 2002: 3-tägiger Vaterschaftsurlaub – 2023 auf 20 Tage erhöht

arbeiten häufiger Teilzeit, übernehmen einen Großteil der Haus- und Pflegearbeit und haben oft unterbrochene Laufbahnen.“

In dieser Logik des Rückschlags werden weibliche Lebensrealitäten im Namen einer angeblich formalen Gleichstellung ausgeblendet. Gleichzeitig drängen die Maßnahmen Frauen indirekt zurück in unbezahlte Arbeit zu Hause. „Politische Entscheidungen sind nicht neutral“, betont De Keyser. „Selbst hart erkämpfte Rechte können durch eine reaktionäre Regierung wieder entzogen werden.“ Sie erinnert dabei

an Simone de Beauvoirs berühmte Warnung: „Vergessen Sie nie, dass eine politische, wirtschaftliche oder

religiöse Krise ausreicht, um die Rechte der Frauen in Frage zu stellen.“

## Männer/Frauen: die großen Unterschiede

- **Teilzeit:** jede 4. Frau, aber nur jeder 10. Mann
- **Lohnunterschied:** 19,9 %
- **Unterschied beim Arbeitslosen-/Krankengeld:** 28 %
- **Rentenunterschied:** 499 Euro
- **Überrepräsentation** von Frauen in prekären, flexiblen und Teilzeitsektoren

## Elternurlaub: Ein neues Gleichgewicht finden

Eine der zentralen Forderungen, die die CSC-Frauen am 8. März erheben, ist die Einführung zugänglicher und gerechter Urlaubssysteme, die es ermöglichen, Beruf, Betreuung und Privatleben besser miteinander zu vereinbaren. Doch was genau bedeutet der vorgeschlagene „Familienkredit“?

**A**uch im Jahr 2026 tragen Frauen in Belgien wie weltweit weiterhin eine doppelte Belastung: Sie übernehmen den Großteil der familiären und häuslichen Aufgaben, zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit. Um diese Verantwortung zu bewältigen, haben viele Frauen keine andere Wahl als Teilzeit zu arbeiten, in flexibleren und oft auch schlechter bezahlten Sektoren, Eltern- oder Pflegeurlaub zu nehmen oder ihre Karriere zu unterbrechen.

Bei einer CSC-Studie (mit 700 Teilnehmern) im Jahr 2024 gaben 55 Prozent der Befragten an, für Betreuungsaufgaben Zeitkredit oder Elternurlaub genutzt zu haben. Viele mussten darüber hinaus ihre Arbeitszeit reduzieren oder unbezahlten Urlaub für diese Betreuung nehmen. Solche Entscheidungen



© Shutterstock

Der „Familienkredit“ soll verschiedene Urlaubsformen in einem „Paket“ bündeln.

haben jedoch fast immer finanzielle Folgen: kurz-, mittel- und auch langfristig, etwa bei den Pensionen.

Neben der finanziellen Belastung wirkt sich die Verbindung von Erwerbsarbeit und Betreuungsverantwortung auch auf die Gesundheit der Frauen aus. Fast drei Viertel der befragten Personen berichteten von regelmäßigen körperlichen Beschwerden, psychischem Stress, Schwierigkeiten, Pflege und Alltag miteinander zu vereinbaren, sowie von sozialer Isolation.

### Druck auf Frauen

Für die CSC-Frauen ist es ungerecht, dass der überwiegende Teil dieses Drucks weiterhin auf den Schultern von Frauen lastet. Aus ihrer Sicht liegen die Lösungen nicht in neuen Einschränkungen, sondern in öffentlichen Dienstleistungen, die stärker an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst sind: mehr bezahlte Urlaubstage, besser entlohnte und leichter zugängliche Zeitkredite sowie ver-

**55%**

DER BEFRAGTEN EINER STUDIE GABEN AN, DASS SIE ZEITKREDIT, ELTERNZEIT, ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ODER UNBEZAHLTEN URLAUB IN ANSPRUCH GENOMMEN HABEN, UM PFLEGEAUFGABEN ZU ÜBERNEHMEN.

lässliche Betreuungsangebote.

Mutterschafts- und Geburtsurlaub, Zeitkredite und thematische Urlaube sollten Eltern (und ausdrücklich auch Männern) ermöglichen, Beruf und Familie ausgewogener zu vereinbaren. Doch nach Einschätzung der CSC-Frauen beschränkt sich die einzige Initiative der Arizona-Regierung in diesem Bereich auf die Einführung eines „Familienkredits“, in den bestehende Urlaubsformen lediglich zusammengeführt werden sollen.

### Familienkredit: scheinbar gute, aber umstrittene Idee

Der geplante „Familienkredit“ sieht vor, verschiedene Urlaubsformen zur Betreuung eines Kindes (wie Mutterschafts-, Geburts- und Elternurlaub sowie Zeitkredite) in einem einzigen Paket zu bündeln. Dieses „Paket“ oder „Rucksack“ wäre dem Kind zugeordnet und würde nicht mehr zwischen Mutter und Vater unterscheiden. Ziel ist es, eine gerechtere Aufteilung der Betreuungsaufgaben zu fördern.

Der Familienkredit umfasst insgesamt 24 Monate Urlaub bei Geburt oder Adoption. Die Eltern sollen frei entscheiden können, wie sie diesen Urlaub nehmen: Vollzeit, Teilzeit oder in mehrere Perioden aufgeteilt. Das Modell würde für alle Familien gleichermaßen gelten, unabhängig vom beruflichen Statut. Auch Pflegefamilien und sogar Großeltern könnten den Urlaub in Anspruch nehmen.

### Gründe zur Besorgnis

Für die CSC-Frauen enthält der vorgeschlagene „Urlaubs-Rucksack“ zwar einige positive Ansätze, wirft jedoch auch mehrere grundlegende Bedenken auf. Ein erster Kritikpunkt betrifft die Übertragbarkeit von Urlaubsrechten. *„Diese Rechte müssen individuell bleiben, um eine wirklich gleichberechtigte Aufteilung der Betreuung zu gewährleisten – ohne Bedingungen wie eine Mindestbetriebszugehörigkeit“*, erklären die CSC-Frauen. Erfahrungen aus Ländern, in denen eine Übertragung möglich ist, wie in Schweden, zeigen, dass Frauen weiterhin den Großteil der Betreuungsarbeit übernehmen. *„Was wirklich funktioniert, ist genügend nicht übertragbarer Urlaub, kombiniert mit einer guten Entlohnung und flexiblen Nutzungsmöglichkeiten.“*

Auch der Mutterschaftsurlaub muss aus Sicht der CSC ein individuelles, nicht übertragbares Recht bleiben. *„Mutterschaftsurlaub ist für die körperliche Erholung nach der Geburt unerlässlich und muss unbedingt geschützt werden. Eine Änderung davon öffnet eine Büchse der Pandora – vor allem in einem politischen Umfeld, in dem versucht wurde, diese Rechte bereits zu schwächen.“* Belgien schneide im europäischen Vergleich bei der Dauer und beim Lohnersatz des Mutterschaftsurlaubs ohnehin schlecht ab, und eine weitere Verschlechterung sei unbedingt zu vermeiden.

Für die CSC-Frauen muss auch der Geburtsurlaub ein individuelles, nicht übertragbares Recht des Vaters oder Mitelternteils bleiben – verpflichtend und mindestens so lange wie der Mutterschaftsurlaub. Beim Elternurlaub vertritt die CSC dieselbe Position: individuelles Recht, keine Dienstaltersbedingungen und zusätzlich erweiterte Möglichkeiten durch Zeitkredit für die Betreuung kleiner Kinder.

Einige Verbesserungen sehen die CSC-Frauen dennoch: *„Ein zusätzlicher fünfter Monat Elternurlaub für Eltern eines behinderten Kindes ist ein positiver Schritt, ebenso wie die Ausweitung der Regelungen auf Adoptiv- und Pflegeeltern, Erziehungsberechtigte sowie Großeltern in bestimmten Situationen.“*

Zugleich betonen sie aber, dass der Familienkredit kein Ersatz für fehlende Kinderbetreuungsplätze sein dürfe: *„Das öffentliche Angebot an Kinderkrippen muss dringend ausgebaut werden.“*

### Maria fordert

Am 8. März werden die CSC-Frauen zugänglichere und gerechtere Urlaubssysteme fordern, die eine bessere Balance zwischen Beruf und Privatleben ermöglichen (siehe Seite 15). Ebenso setzen sie sich für eine bessere Gleichstellung der Zeitkredite und für das Recht aller Beschäftigten auf ausreichend bezahlten Urlaub ein.

*„Ein inklusives System, das allen Menschen Urlaub ermöglicht – unabhängig von Statut, Sektor oder Einkommen – verhindert, dass Betreuungsphasen zu finanziellen Nachteilen führen“,* erklären die CSC-Frauen. *„Eine Stärkung der Urlaubsansprüche und ein fairer Zugang für alle würden zudem zu einer gerechteren Verteilung der Betreuungsaufgaben beitragen und damit strukturelle Geschlechterungleichheiten langfristig reduzieren.“*

## Familienkredit: der Inhalt des Rucksacks

- **Geburtsurlaub:** 24 Wochen übertragbaren Urlaub während der Zeit um die Geburt oder Adoption, einschließlich 10 verpflichtende Wochen für die Mutter. Vergütung: 82 % des Bruttogehalts.
- **Elternurlaub für zusätzliche Betreuung:** 8 Monate pro Kind (10 Monate bei Behinderung), maximal 4 Monate pro Elternteil. Nicht übertragbar. Vergütung: 1.314,20 Euro für den Vollzeit-Eintritt (anteilig für Teilzeit).
- **Weitere 10 Monate Urlaub pro Kind für die Eltern,** Pflegeeltern oder Großeltern (vorbehaltlich der Genehmigung). Vergütung entsprechend den Beträgen des gewählten Kredits.

# Gleichstellung des Mutterschaftsurlaubs in Gefahr

In der Arizona-Ära gerät selbst der Mutterschaftsurlaub unter Druck.

Der Mutterschaftsurlaub ist eine entscheidende Zeit sowohl für die körperliche Erholung der Mutter nach der Geburt als auch für den Aufbau einer sicheren Bindung zum Neugeborenen. Aus diesen Gründen sind neun Wochen unmittelbar nach der Geburt verpflichtend. Doch für viele Frauen ist diese Zeit finanziell belastend: In den ersten 30 Tagen erhalten sie 82 Prozent ihres Bruttolohnes, ab dem 31. Tag sinkt der Betrag auf 75 Prozent. Für zahlreiche Frauen bedeutet das einen spürbaren Einkommensverlust, der sie dazu zwingt, früher zur Arbeit zurückzukehren, als es gesundheitlich sinnvoll wäre.

## „Es gibt keine Grenzen mehr“

Was viele noch mehr beunruhigt: Selbst auf diesen grundlegenden Schutz übt die Arizona-Regierung Druck aus. Trotz der offensichtlichen Bedeutung des Mutterschaftsurlaubs mussten die Gewerkschaften im vergangenen Jahr mobilisieren, damit diese Zeit weiterhin als gleichgestellte Periode für die Rentenberechnung anerkannt bleibt!



© Shutterstock

Der Mutterschaftsurlaub ist eine entscheidende Zeit für Mutter und Kind.

Eine für viele kaum fassbare Situation, wie CSC-Generalsekretärin Marie-Hélène Ska betont: *„Es ist verrückt, dass wir mobilisieren mussten, damit der Geburtsurlaub bei der Pensionsberechnung weiter gleichgestellt bleibt. Hätte uns jemand früher gesagt, dass selbst das in Frage gestellt werden könnte, wir hätten es nicht geglaubt. Aber für diese Regierung scheint es keine Grenzen mehr zu geben. Es ist das erste Mal, dass es so gewaltsam geschieht.“*

In einem politischen Umfeld, in dem soziale Rechte grundsätzlich in Fra-

ge gestellt werden, bleibt die enorme Auswirkung von Mutterschaft auf die berufliche Laufbahn, das Einkommen und die Rente von Frauen einer der wichtigsten Brennpunkte im Kampf der CSC-Frauen.

“

ES MUSSTE ERST ZU PROTESTAKTIONEN KOMMEN, DAMIT DER MUTTERSCHAFTSURLAUB BEI DER BERECHNUNG DER RENTE GLEICHGESTELLT WIRD.

## Die Forderungen der CSC-Frauen

- **Die kollektive Reduzierung der Arbeitszeit:** 25 Tage bezahlter Urlaub ohne Einkommensverlust.
- **Vorhersehbare Arbeitszeiten:** Damit Arbeit, Pflege und Privatleben miteinander vereinbar bleiben.
- **Für jede Laufbahn eine Rente, die die Aufrechterhaltung und Verbesserung der gleichgestellten Zeiten** sowie die Anpassung des Rentenalters an die Kriterien der Schwere (schwere Lasten, Nachtarbeit, usw.) garantiert.
- **Anerkennung von schwerer Arbeit:** Keine Vollzeit-Norm in Sektoren, in denen Vollzeitarbeit nicht möglich ist.



# Endlich eine Brüsseler Regionalregierung

**613 Tage hat die Regierungsbildung in der Region Brüssel-Hauptstadt gedauert. Trotz positiver Ansätze bleiben viele Absichten der neuen Regionalregierung vage. Brüssel steht vor zahlreichen Herausforderungen.**

In der Regierungserklärung erkennt die CSC einige positive Ansätze: etwa die Absicht, die industrielle Zukunft des Audi-Standorts zu sichern, die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Diskriminierung bei Einstellungen einzudämmen und sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte wahrnehmen können. Viele dieser Absichten bleiben jedoch vage oder zu allgemein formuliert, und es fehlt an einer übergeordneten Vision. Zudem werden keine finanziellen Angaben gemacht. Ein entscheidendes Element, insbesondere für den Non-Profit-Sektor. Auch die angekündigten 20 % an zusätzlichen Einnahmen werden an keiner Stelle konkretisiert.

Die neue Regionalregierung setzt spürbar auf mehr Sicherheit, ohne gleichzeitig klar darzulegen, welche Mittel in Prävention fließen sollen. Gerade präventive Maßnahmen sind essenziell, um Probleme nicht zu verlagern oder Spannungen in den Brüsseler Stadtteilen zu entschärfen. Unklar bleibt ebenfalls, ob der angekündigte große Umbruch in der Verwaltung tatsächlich genügend Ressourcen freisetzen kann - und zu welchem Preis: für den Dienst an der Bevölkerung und für das Wohlbefinden der Mitarbeiter. Die Fortführung des Einstellungsstopps wird

den Druck auf das Personal weiter erhöhen und könnte künftig auch die Dienstqualität beeinträchtigen.

*„Wir bedauern bestimmte Lücken in der Erklärung, etwa beim Ausbau geeigneter Arbeitsplätze oder Praktikumsangebote. Zudem fehlt jede Verpflichtung, offene Stellen an das Arbeitsamt Actiris weiterzuleiten. Auch zu den Themenbereichen Verbraucherschutz im Energiebereich, Mietmarkt und ökologischer Übergang fehlen konkrete Angaben“,* erklärt CSC-Regionalsekretär Benoît Dassy. Die CSC fordert, die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern fortzuführen und sie in die Ausarbeitung sozio-ökonomischer Reformen einzubeziehen, damit gemeinsame Prioritäten berücksichtigt werden.



© stock.adobe.com



**Die CNE, die Angestelltenzentrale der CSC, sucht unbefristet in Halbzeit einen**

## **Mitgliederbetreuer (m/w/d) für das Sekretariat in Eupen**

### **Ihre Aufgaben**

- Erledigung verschiedener administrativer und logistischer Aufgaben
- Betreuung und Beratung der Mitglieder vor Ort und am Telefon

### **Ihr Profil**

- Hochschulabschluss (Sekretariat, Geistes- oder Sozialwissenschaften) oder gleichwertige Erfahrung
- Fließend Deutsch und Französisch (in Wort und Schrift)
- Sie arbeiten strukturiert, sorgfältig und selbstständig und überzeugen durch Ihre serviceorientierte, kontaktfreudige und diskrete Art.

### **Wir bieten**

- Einen unbefristeten Halbzeit-Arbeitsvertrag
- Ein attraktives Gehalt mit zusätzlichen Vorteilen
- Angepasste Aus- und Weiterbildungen

### **Interessiert?**

Senden Sie Ihre Bewerbung bis zum 2. März 2026 (12 Uhr) an: [gppc.cne@acv-csc.be](mailto:gppc.cne@acv-csc.be)



**Vollständige Stellenanzeige**